

7. Koalitionsverhandlungen von ÖVP und SPÖ 1945 - 1953

<u>Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>7. Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ 1945 - 1953</u>	<u>Signatur</u>
1	1945.12.06	Protokoll einer Sitzung des SP-Parteivorstandes	VGA
2	1945.12.07	Protokoll einer Sitzung des SP-Parteivorstandes	VGA
3	1945.12.00	Niederschrift der Koalitionsvereinbarungen 1945	VGA
4	1948.04.13	Innenpolitischer Lagebericht aus franz. Quelle	KvVI ST K296
5	1949.01.11	Niederschrift einer PV zwischen VP und SP über Wahltermine und Wahlordnung	KvVI ST K296
6	1949.01.17	AV über Änderung der Regierungsvorlagen betreffend die Nationalrats-Wahlordnung	KvVI ST K296
7	1949.02.25	Gedächtnisvermerk über ein Gespräch zwischen Helmer und Oberst Pokrowskij	KvVI ST K296
8	1949.03.21	Wahlkampfvereinbarungen zw. der o.ö.VP u.SP	KvVI ST K296
9	1949.05.28	Parteienbesprechung zw. VP u.SP über Wahlkampf	KvVI ST K296
10	1949.05.03	Bericht Korefs an Helmer über Besuch bei Langoth und Gespräche über die VdU	Nachlaß Waldbrunner
11	1949.08.14	Bericht Korefs an Schärf über Besuch bei Langoth und Gespräche über die VdU	Nachlaß Waldbrunner
12	1949.10.25	Standpunkt der SP zur Regierungsbildung	KvVI ST K296
13	1949.11.03	Niederschrift eines Telefonates zw. Renner u. Figl	KvVI ST K297
14	1949.11.06	Koalitionsvereinbarung zw. SP u. VP (Entwurf)	Nachlaß
15	1949.11.08	Koalitionsvereinbarung zw. SP u. VP (Reinschrift)	Waldbrunner
16	1949.12.20	Brief von Hurdes an Raab über Zielsetzung der Parteienvereinbarung	KvVI ST K296
17	1952.02.04	Erinnerungsvermerk von Schärf über Parteienbesprechung zur Starhembergfrage	Nachlaß Waldbrunner
18	1953.02.18	Brief von Helmer an Waldbrunner über seine Stellungnahme für die Partei nach den Wahlen	Nachlaß Waldbrunner
19	1953.02.18	Brief von Waldbrunner an Schärf mit Stellungnahme zu den Koalitionsbesprechungen	Nachlaß Waldbrunner
20	1953.02.23	Brief von Schärf an Waldbrunner u.a. über Gedanken zu einer Zusammenarbeit mit der VP	Nachlaß Waldbrunner
21	1953.02.24	VP-Verhandlungsprogramm f.d.Koalitionsgespräche	KvVI ST K296
22	1953.03.03	Gedächtnisvermerk über die 1.Besprechung mit Vertretern der VP über Regierungsbildung	Nachlaß Waldbrunner
23	1953.03.05	Gedächtnisnotiz über eine Unterredung zwischen Schärf und Figl	Nachlaß Waldbrunner
24/ /A	1953.03.06	Erinnerungsvermerk von Schärf über Parteienbesprechung	Nachlaß Waldbrunner
24/ /B	1953.06.25	Brief von Slavik an Schärf mit der Parteienvereinbarung zwischen ÖVP und WdU	Nachlaß Waldbrunner
25	1953.03.09	Brief von Helmer an Waldbrunner über diverse Besprechungen zur Regierungsbildung	Nachlaß Waldbrunner
26	1953.03.09	Gedächtnisnotiz von Helmer über eine Besprechung mit Raab am 29.2.1953	Nachlaß Waldbrunner
27	1953.03.09	Gedächtnisnotiz von Helmer über ein Gespräch mit Dr.Ursin am 2.3.1953	Nachlaß Waldbrunner
28	1953.03.09	Gedächtnisnotiz von Helmer über eine Besprechung mit Graf am 4.3.1953	Nachlaß Waldbrunner

29	1953.03.09	Gedächtnisnotiz von Helmer über eine Besprechung mit Kamitz am 6.3.1953	Nachlaß Waldbrunner
30	1953.03.10	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung mit Figl, Raab und Helmer	Nachlaß Waldbrunner
31	1953.03.12	Erinnerungsvermerk von Schärf über Besprechung mit Figl	Nachlaß Waldbrunner
32	1953.03.14	Erinnerungsvermerk von Schärf über Besprechung zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
33	1953.03.14	Gedächtnisvermerk von Waldbrunner über eine Besprechung mit der ÖVP zur Regierungsbildung	Nachlaß Waldbrunner
34	1953.03.19	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung mit Figl und Gruber	Nachlaß Waldbrunner
35	1953.03.19	Erinnerungsvermerk über eine Besprechung von Schärf mit dem franz.Hochkommissär Payart	Nachlaß Waldbrunner
36	1953.03.20	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung mit Figl	Nachlaß Waldbrunner
37	1953.03.21	Erinnerungsvermerk von Schärf über Gespräche mit Figl und Gruber	Nachlaß Waldbrunner
38	1953.03.24	Gedächtnisvermerk von Waldbrunner über die Besprechungen zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
39	1953.03.25	Gedächtnisvermerk von Waldbrunner über Besprechungen zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
40	1953.03.26	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung mit Gruber	Nachlaß Waldbrunner
41	1953.03.28	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
42	1953.03.30	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
43	1953.03.30	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung zwischen SPÖ und ÖVP	Nachlaß Waldbrunner
44	1953.03.31	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung zur Bildung der Bundesregierung	Nachlaß Waldbrunner
45	1953.04.01	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung zur Bildung der Bundesregierung	Nachlaß Waldbrunner
46	1953.04.02	Vereinbarung zwischen der ÖVP und SP vom 31.3.1953 anlässlich der Regierungsbildung	Nachlaß Waldbrunner
47	1953.04.16	Redetext von Pittermann zur Regierungserklärung von Raab in der NR-Sitzung vom 16.3.1953	Renner-Institut

1

Sitzung des Parteivorstandes am 6.12.45

Anwesend vom Parteivorstand:

Gen. Seitz Vorsitz

" Afrisch

" Böhm

" Hackenberg *J. Hackenberg*

" Helmer

Jochmann *Jochmann*

" Körner *Körner*

" Krones

" Maisel

" Popp *Yay*

" Proft

" Scharf

" Schärf

" Slavik

" Speiser

" Strasser

Froksch

"

von der Kontrolle: Gen. Widmayer

" Rauscher

" Brachmann

von der Regierung Gen. Winterer

" Renner

" Korp

T a g e s o r d n u n g .

I. Regierungsbildung

II. Sekretariatsberichte

III. Organisationsstatut

I. Regierungsbildung.

Gen. Renner berichtet über die letzten Verhandlungen hinsichtlich der Regierungsbildung. Er bezeichnet die Wahlen als großen Erfolg der Partei, weist aber darauf hin, daß es eben kein Sieg war. Die andere Seite ist stärker hervorgegangen als wir. Sie haben daher die erste Hand in der Regierungsbildung. Daraus ergibt sich für uns die Grundfrage, ob und unter welchen Umständen wir uns beteiligen sollen. Die Unterhändler der ÖVP haben zum Ausdruck gebracht, daß sie keine Koalitions-, sondern lediglich eine Konzentrationsregierung wünschen. Sie haben ferner bereits festgestellt, daß sie, wenn eine Vereinbarung zustande kommt bereit wären, Gen. Renner als Bundespräsidenten zu bestellen. Gen. Renner betrachtet die Stellung eines Bundespräsidenten als bedeutend für unsere Partei. Sie ist die Garantie für die Erhaltung der Verfassung im Inneren und besitzt auch nach außenhin Bedeutung. Nach den letzten Verhandlungen wird das Kanzleramt von Figl selbst bekleidet werden. Unserer Partei würde man den Vicekanzler zugestehen. Auch hier ist bereits über die Person gesprochen worden. Gen. Schärf kommt hierfür in Frage. Das Ministerium des Äußeren behält sich die ÖVP vor und hat hierfür den Namen Gruber genannt. Die Ministerien Justiz und Finanz sollen von Fachleuten besetzt werden, wobei für die Justiz Gerö in Aussicht genommen ist, der unserer Partei nahesteht; für die Finanz Zimmermann, welcher der ÖVP nahesteht. Das Innenministerium soll in unsere Hände gelegt werden, hingegen das Unterrichtsministerium in die Hände der ÖVP. Das System der Staatssekretäre ist im großen und ganzen nicht vorsehen, doch hat die ÖVP das Bestreben, sich einen Staatssekretär zum Innenministerium zu sichern. Die Ministerien für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, welches wiederum dem Wiederaufbau-Ministerium vereinigt werden soll, sowie das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung sollen der ÖVP vorbehalten sein. Hingegen ist es gelungen, aus dem Handel- und Verkehrsministerium den Verkehr zu separieren (Bahn, Post, Telegraphen, Telephon etc) und dieses Ministerium soll in unsere Hände kommen. Desweiteren auch das Sozial-Ministerium und das Ernährungsministerium.

Es entspinnt sich eine Diskussion über Wert und Gewicht der einzelnen Ministerien. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen wird ziemlich allgemein als nicht befriedigend angesehen. Es wird insbesondere über den Wert des Ministeriums für Vermögensverwaltung und Wirtschaftsplanung gesprochen. Die Gen.

Renner und Schärf nehmen den Standpunkt ein, daß wir, selbst wenn es uns gelingt dieses Ministerium in die Hand zu bekommen, dies nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft und der Partei in dem angestrebten Maße ausnützen könnten. Wir werden noch geraume Zeit militärische Besetzung haben. Außerdem sind die Vermögensauseinandersetzungen mit dem Deutschen Reich und den Alliierten nicht vollendet. Es ist somit keine richtige Möglichkeit der Arbeit gegeben. Aus diesem Grunde hat man sich entschlossen, auf die Vermögenssicherung zu verzichten.

./.

Gen. Renner ist der Meinung, daß wir zuwarten sollten. Sobald die Besetzung wegkommt und die Kriegsgefangenen zurückkehren, werden Neuwahlen sein. Wir können dann hoffen die Mehrheit zu erlangen und dann die Positionen zu besetzen, die für uns erstrebenswert sind. Er ist der Meinung, daß uns alle Wirtschaftsplanung derzeit nichts nützen könnte. Wir haben einmal ein Verstaatlichungsgesetz beschlossen, das nicht verlautbart werden durfte. Man hat uns damals bedeutet, daß wir nicht verfügen können über was, das uns nicht gehört. Eine Verstaatlichung zu einem Zeitpunkt, wo alle großen Werte noch strittig sind, ist unmöglich. Gen. Renner erinnert an Zistersdorf, ohne das es in Österreich eigentlich keine Verstaatlichung gäbe. Unser erstes Bestreben muß derzeit sein, die Zurückziehung der Besatzungstruppen und den Abbau der militärischen Lasten zu erreichen. Wir haben in dieser Frage nur einen Freund und das ist Amerika. Und gerade die Amerikaner sind allen Sozialisierungs-Experimenten abhold. Jeder Versuch würde scheitern an ihrem Einspruch. In den nächsten 1 1/2 Jahren werden wir auf dem Gebiete der Planwirtschaft sehr wenig erreichen können.

Andererseits ist zu bedenken, daß Schumy ein wirklicher Freund der Verstaatlichung der Großindustrie und der Wirtschaftslenkung ist. Unter seiner Leitung wird man also das wenige auswerten können, was auf dem Gebiete geschehen kann.

Wir haben keine Mehrheit im Parlament. Wir würden falschoperieren, wenn wir um jeden Preis die Übernahme des Ministeriums erzwingen wollten wegen eines Bekenntnisses zu einem Programm zu einer Zeit, wo wir mit diesem Programm scheitern müßten.

Gen. Renner teilt ferner mit, daß man dem Gen. Seitz die Funktion eines Präsidenten des Österreichischen Roten Kreuzes angeboten habe. Es ist dies eine Funktion, die bisher immer gewesene Ministerpräsidenten ausgefüllt haben. Gegenwärtig bekennt sich alles zum Gedanken einer Konzentrationsregierung nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern und Gemeinden. Die Positionen sollen nach dem Proporz der Wahlen verteilt werden; selbstverständlich auch in der Gemeinde Wien. Zu den Besprechungen ist deshalb auch Gen. Speiser eingeladen, um über die Ressortverteilung innerhalb der Gemeinde-Wien zu verhandeln. Man denkt daran 12 Stadtratsmandate zu schaffen. Nach dem strengen Proporz würden somit 8 auf die SP und 4 auf die ÖVP fallen. Es wird jedoch zweckmäßig sein, die KP mit einem Mandat zu beteiien, das auf unsere Kosten gehen müßte. Der Aufteilungsschlüssel wird somit 7/4/1 lauten. Selbstverständlich legen wir Wert darauf, daß das Personalreferat über alle städtischen Angestellten ausgedehnt wird. Im Bundeskanzleramt soll im Bezug auf das Personalwesen etwas ähnliches gemacht werden. Bisher wurde bei den Verhandlungen Einvernehmen nur bezüglich zweier Stadtratsmandate erzielt. Es wird notwendig sein, hier noch von unserer Seite her Entgegenkommen zu zeigen.

Abschließend bemerkt Gen. Renner, daß in der Übergangszeit große Erfolge kaum erzielt werden können. Er ist deshalb der Meinung, daß wir im Bezug auf Ressorts nicht allzu aktiv zu sein brauchen. Es ist zweckmäßig, jetzt das Hauptgewicht auf Organisation und Propaganda zu verlegen. Wenn wir bei der nächsten Wahl eine entsprechende Mehrheit erzielen, dann werden wir wohl auch noch benötigt sein, eine Konzentrationsregierung zu bilden, in der aber wir tonangebend sind.

./.

Gen. Böhm bezeichnet die Vereinbarung, wie sie Gen. Renner in großen Umrissen vorgezeichnet hat, als vollkommen unannehmbar, weil kein einziges wichtiges Wirtschaftsministerium für uns aufscheint. Der Gewerkschaftsbund hat die Schaffung eines einzigen großen Wirtschaftsministeriums gefordert. Dies ist wohl ein unerfüllbarer Wunsch gewesen, aber die Lücke zwischen der Forderung des Gewerkschaftsbundes und der heute skizzierten Vereinbarung ist allzu groß und unüberbrückbar. Die Übernahme des Ministeriums für Ernährung muß als untragbar bezeichnet werden.

Das Verkehrsministerium weist wohl eine große Anzahl von Bediensteten auf, reicht in seiner Bedeutung aber an das Planwirtschaftsministerium nicht heran. Pflichtet Renner bei, daß wir selbst auf dem Gebiet der Planwirtschaft wahrscheinlich keine großen Sprünge werden machen können.

Solange die Besetzung im Lande ist, wird eine Verstaatlichungsaktion kaum in Fluß zu bringen sein. Wir wissen jedoch nicht, wie lange sie dableiben; vielleicht entschließen sie sich doch früher abzugeben. Es ist immerhin denkbar, daß sich doch früher als wir denken, eine Möglichkeit zur Durchsetzung unserer Ziele ergibt.

Gen. Renner hat darauf hingewiesen, daß wir im Parlament in der Minderheit sind und Verstaatlichungsanträge nicht durchbringen werden. In dem Zusammenhang ist auf eine Entschliebung des Gewerkschaftsbundes hinzuweisen aus der hervorgeht, daß auch die ÖVP-Gewerkschaftler in der Frage der Verstaatlichung weitgehend mit uns zu gehen beabsichtigen. Immerhin besitzt die ÖVP im neuen Parlament 16 Abgeordnete. Es wäre Illusion darauf zu rechnen, daß diese Gewerkschafter - wenn es zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung kommt - gegen ihre Partei mit uns stimmen werden; aber sie haben eine Erklärung abgegeben, nach welcher sie sich an die Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes gebunden haben. Sie werden deshalb zweifellos in ihrer Fraktion für die Verstaatlichung sprechen. Es stimmt, daß unsere Verantwortung ganz groß ist und wir können an der Frage einzelner Ressorts die Konzentration nicht scheitern lassen. Aber die ÖVP hat noch weit größere Verantwortung als wir und auch sie kann die Konzentration nicht scheitern lassen.

Gen. Böhm befürwortet, lieber auf das Verkehrsministerium zu verzichten und dafür das Hanwirtschaftsministerium zu verlangen. Wenn die Konzentration daran scheitert, trägt die Verantwortung dafür die ÖVP. Das müßte dann den Alliierten, der Bevölkerung und den Arbeitern aufgegeben werden.

Gen. Maisel erklärt sich ebenfalls mit dem Vorschlag zur Regierungsbildung nicht einverstanden. Mit der Aufteilung der politischen Ressorts können wir zufrieden sein. Absolut unbefriedigend ist die Aufteilung der Wirtschaftsministerien. Dies ist bestimmt nicht nur der Standpunkt der Gewerkschafter, sondern auch der eines ganz großen Teiles der Wählerschaft. Es kann und heute niemand plausibel machen, daß Verstaatlichung nicht in Frage kommt. Die ÖVP sagt klugerweise selbst, es muß verstaatlicht werden; es stimmt, wird sind nicht souverän, aber das bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auf alles. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß ohnedies alles verboten wird, dürften wir nichts in die Hand nehmen. Wir dürfen die zusammengebrochene Wirtschaft nicht ohne weiteres aus der Hand geben. Wir müssen auf das Vermögensverwaltungs- und Planwirtschaftsministerium

/

besitzen, ohne solchen sind wir bedeutungslos. Spricht ebenfalls dafür das Ernährungsministerium abzulehnen. Auch nach der Meinung Maisels ist das Verkehrsministerium nicht vordringlich wichtig. Er ersucht den Parteivorstand, dieser Frage den großen Ernst zuzuwenden, die sie verdient.

Unsere Forderungen sind nicht überspannt, denn die ÖVP hat auf dem Wirtschaftssektor noch immer das wichtigste Ministerium Handel und Industrie, sowie die Ministerien in Landwirtschaft und Wiederaufbau in der Hand.

Gen. Korp betont, daß er nach reiflicher Überlegung zu dem Ergebniss gekommen ist, daß die Partei keinen Anlass hat, sich das Ernährungsministerium anhängen zu lassen. In den nächsten Monaten steht uns die schwerste Ernährungskrise bevor. Gen. Korp ist zu den UNRRA-Leuten eingeladen. Mit dem Wirksamwerden der UNRRA-Hilfe ist - wenn überhaupt - spätestens im Frühjahr zu rechnen. Der Winter wird die schwerste Belastung für uns bringen. Korp ist der Meinung, daß seine Kräfte in der Genossenschaftsbewegung weit besser ausgewertet werden können, wie im Ernährungsamt. Bezeichnet die Übernahme des Ernährungsamtes als Opfer, für das eine Kompensation gegeben werden müsste. Die ist aber nirgends zu sehen. Ist der Auffassung, daß hinsichtlich der Regierungsbildung zwischen der ÖVP und uns, derzeit ein Nervenkrieg herrscht. Spricht dafür, dies nicht als den Abschluß der Verhandlungen zu betrachten. Wenn der PV der Meinung ist, daß der heutige Vorschlag untragbar ist, müssen die Verhandlungen weitergeführt werden. Hinsichtlich der Planung ist auch er der Meinung, daß in der nächsten Zeit keine sichtbaren Erfolge erzielt werden können. Hält dies aber nicht für ausschlaggebend. Es könnte immerhin eine gute Vorbereitung für die nächsten Wahlen sein.

Gen. Speiser ist der Meinung, daß weitere Zugeständnisse kaum erreicht werden können. Wir stehen dann wahrscheinlich vor der Entscheidung, ob wir uns unter den gegebenen Bedingungen auf den Eintritt in die Regierung einlassen wollen oder nicht. Ist der Auffassung, daß das Verkehrsministerium machtpolitisch sehr wichtig ist. Vertritt die Auffassung, daß das Ernährungsministerium nicht unbedingt abzulehnen ist. Es kann die Landwirtschaft kontrollieren. Hält den Präsidentenposten für außerordentlich wichtig für eine große Position für die nächsten Wahlen. Ist dafür, die Verhandlungen fortzusetzen und noch einmal alles zu versuchen.

Gen. Rauscher weist darauf hin, daß im Rahmen des Vermögensverwaltungs- und Planwirtschaftsministeriums auch die Liquidierung und Sicherung der DAF falle, das heißt, die Vermögenswerte der Gewerkschaften, Genossenschaften usw. Weiters liegt darin die Bestellung und Führung der öffentlichen Verwalter. Diese Position sollen wir uns unter keinen Umständen entwinden lassen und dorthin den besten, fähigsten Mann der Partei stellen.

Gen. Renner hat die Meinung vertreten, daß wir nicht sozialisieren können, weil große Werte von den Alliierten beschlagnahmt sind.

Dies trifft zum E. nicht für Wasserkraft zu, die von ungeheurer Wichtigkeit für unser Land ist. Hier könnte wohl etwas geschehen. Schlägt vor, eine vorherige Vereinbarung der beiden Parteien hinsichtlich der Sozialisierung und hält es für unerlässlich, Klarheit über die Wiedergutmachung ab 1934 zu schaffen. Spricht die Überzeugung aus, daß wir mit dem heutigen Vorschlag auf dem Parteitag größte Schwierigkeiten haben werden.

Gen.-Helmer weist darauf hin, daß über das Ministerium für Vermögensverwaltung und Planwirtschaft bei den Verhandlungen selbstverständlich ernst und zäh verhandelt worden ist, daß die ÖVP jedoch absolut darüber nicht reden wolle. An diesem Punkt kann unser Eintritt in die Regierung scheitern. Und er hält es für fraglich, ob dies bei den Massen der Funktionäre Zustimmung findet. Überdies wird jede neue Forderung von uns hinsichtlich der Bundesregierung eine Forderung der ÖVP für die Gemeinde auslösen.

Weist darauf hin, daß das Innenministerium ein wertvolles Machtinstrument, jedoch aber auch eine große Gefahr ist. Jede Entscheidung, die unser Mann dort trifft, kann eine Sprengpatrone für die Regierung sein.

Gen.Proft vertritt die Meinung, daß wir im Rahmen der Demokratie nicht mehr Ansprüche erheben können. Wenn die Wählerschaft und das Volk damit nicht zufrieden ist, müssen wir schonungslos aufzeigen, daß nicht an uns die Schuld liegt. Das Volk hat uns nicht mehr Mandate gegeben und wir können daher nicht mehr erreichen.

Gen.Schärf schließt sich den letzten Worten der Gen.Proft an. Die ÖVP ist als Mehrheit aus den Wahlen hervorgegangen und damit hat sie das Recht, im Parlament ihren Willen durchzusetzen. Wir wären daraus unter normalen Verhältnissen als Opposition hervorgegangen. Unser Wahlprogramm war Sozialisierung. Wir sind mit unserem Wahlprogramm unterlegen. Es kommt uns damit naturgemäß nicht die Entscheidung zu, sondern nur die Kontrolle. Darüber hinaus ist für uns die wesentlichste Aufgabe, die Demokratie zu sichern. Mit unserer heutigen Stärke können wir wirtschaftsmachtpolitische Aufgaben nicht erfüllen. Die grundlegende Differenz ist beim Ministerium für Vermögenssicherung und Planung entstanden. Mißt ihm keine derartig hohe Bedeutung zu. Zum Planen benötigt man kein Ministerium. Das wichtigste daran ist die Bestellung und Kontrolle der öffentlichen Verwalter. Diese Frage wird bald in ihrer Bedeutung zurückgehen, da es in der Hand der neuen Regierung liegen wird, die öffentlichen Verwaltungen einzuschränken durch Entreüstrierung gewisser Nazi-Gruppen.

Zwischenruf Proksch - es können auch Betriebe aus öffentlichem Interesse unter öffentliche Verwaltung gestellt werden, nicht nur Nazibetriebe.

Gen.Schärf weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die KP uns seinerzeit daran gehindert hat, das Arbeitervermögen zurückzugewinnen. Sie hat es damals verschleppt in der Hoffnung, auf Grund ihrer Stärke nach den Wahlen daran partizipieren zu können. Warnt vor einer Unterschätzung des Verkehrsministeriums. Er schildert die Kämpfe die es bei den Verhandlungen gekostet hat, dieses Ministerium zugesprochen zu erhalten. Hält das Ernährungsministerium nicht für unwichtig. Die Kontrolle der Ablieferung bedeutet immerhin etwas. Das Ministerium des Inneren ist für uns die Sicherung unseres Daseins. Es war unbedingtes Bestreben der ÖVP, einen Staatssekretär ins Innere zu bekommen. Wir sind darauf nicht eingegangen. Wenn wir heute nicht in die Regierung gehen, ist es zweifelhaft, ob wir je wieder eine ministerielle Partei sein werden. Unterstreicht die Position des Bundespräsidenten in unseren Händen.

./.

Gen. Afritsch unterstreicht die Wichtigkeit der Wirtschaftsministerien. Die drei tragenden Pfeiler der Wirtschaft, Handel, Vermögenssicherung und Finanz hat die ÖVP in Händen. Wir müssen mit aller Kraft noch etwas herauszuholen versuchen.

Gen. Mentasti spricht ebenfalls für die Fortsetzung der Verhandlungen. Bedauert, daß wir in der Landwirtschaft ohne Einfluß bleiben. Ebenso wichtig wie die Frage der Planwirtschaft ist die der Bodenreform. Mentasti ist nicht für eine Abstinenzpolitik. Würde es begrüßen wenn es uns gelänge, je einen Staatssekretär in die drei wichtigsten Ministerien, Handel-u. Industrie, Vermögensverwaltung und Landwirtschaft zu bekommen.

Gen. Hackenbergs: Der Sinn der Demokratie kann nicht sein, daß der, der die reine Mehrheit hat, damit tun kann, was er will. Wir haben Proportionalwahlrecht, haben uns zum Proporz vom Bund bis zu den Gemeinden herab entschlossen und verlangen auch die proportionale Mitbestimmung. Ist von der Wichtigkeit des Innenministeriums überzeugt, muß jedoch ablehnen, im Innenministerium den Garanten für unser Fortbestehen zu sehen. Wenn dies so wäre, hätten wir unsere Partei niemals aufbauen können, denn wir haben auch seinerzeit kein Innenministerium gehabt; die KP müßte sich heute umbringen. Hält für richtig, daß Gen. Helmer das Innenministerium als Position und Gefahr zugleich bezeichnet hat. Gibt der Verwunderung Ausdruck, daß heute dem Ernährungsministerium Bedeutung beigelegt wird. Die ganzen Monate haben wir es als Fehler angesehen, dieses Ministerium übernommen zu haben; jetzt plötzlich erscheint es uns erstrebenswert. Ist der Meinung, daß die Übernahme des Ernährungsministeriums für uns die allergrößte Schlappe sein wird, die bei den nächsten Wahlen gegen uns ausgenützt werden wird. Gibt zu erwägen, ob es nicht am zweckmäßigsten wäre, das Ernährungsministerium mit einem Fachmann zu besetzen, so daß die Partei nicht belastet wird. Es ist undenkbar, die Ernährung von der Landwirtschaft zu trennen, Das Ernährungsreferat in der Gemeinde-Wien ist mit dem Ernährungsministerium nicht vergleichbar. Das Referat der Gemeinde-Wien ist rein administrativ. Hält den Handel um Ministerien für relativ wertlos, wenn man sich nicht vorher über einige wichtige Fragen zum Regierungsprogramm einig geworden ist. Weiters tritt auch Hackenbergs unbedingt dafür ein, eine so wichtige Wirtschaftsposition, wie das Vermögens- und Planwirtschaftsministerium mit aller Kraft anzustreben.

Gen. Hackenbergs stellt folgende Anträge:

Anträge:

- 1.) Den Verhandlungen mit der ÖVP soll ein Genosse von den Gewerkschaften beigezogen werden.
- 2-) Das Ernährungsministerium auf alle Fälle abzulehnen.
- 3.) Unsere Verhandlungspartner sollen danach trachten, eine gemeinsame Regierungserklärung über die wichtigsten Fragen zustande zu bringen.

Gibt ernsthaft zu bedenken, daß wir uns als Partei kompromittieren wenn wir in die Regierung hineingehen und dort nicht den Einfluß vor allem im Interesse der Industrie-Arbeiterschaft haben und ausüben, der uns Kraft unserer Stärke zukommt.

Gen. Proksch unterstreicht nochmals die Forderungen der Gewerkschaft.

./.

Die Gewerkschaft kann sich mit dem heutigen Resultat nicht abfinden. Wenn wir unseren Einfluß in den Wirtschaftsministerien preisgeben, sind wir erledigt. Wenn die ÖVP Sozialisierungen ablehnt, wenn die Alliierten sie verbieten, wird uns das nicht diskreditieren. Aber wir dürfen nicht darauf verzichten.

Gen. Savik kommt auf den Vorschlag des Gen. Mentasti mit den Staatssekretären bei den wichtigsten Ministerien zurück und befürwortet dies.

Gen. Seitz stellt fest, daß eine Analogie zwischen der Situation im Bund und der Gemeinde Wien nicht besteht. Im Parlament haben wir fast Gleichgewicht der Parteien, daher Notwendigkeit zum Proporz. In der Gemeinde Wien ist unsere Mehrheit so fest, daß wir allein verwalten könnten und müßten.

A

Gen. Brachmann lehnt ebenfalls die Übernahme des Ernährungsministeriums ab.

Antrag Schluß der Debatte

Beschluß Einstimmig angenommen.

Die Anträge Hackenberg gelangen zur Abstimmung.

1. Den Verhandlungen mit der ÖVP soll ein Genosse von der Gewerkschaft beigezoßen werden.

Beschluß Einstimmig angenommen.

2. Das Ernährungsministerium unbedingt abzuwehnen

Beschluß Angenommen.

3. Unsere Verhandlungspartner sollen danach trachten, eine gemeinsame Regierungserklärung über die wichtigsten Fragen zustande zu bringen.

Antrag Wiederaufnahme der Debatte.

Beschluß Angenommen.

Es entspinnt sich eine Debatte zu dem 3. Antrag des Gen. Hackenberg.

Gen. Schärf gibt der Befürchtung Ausdruck, daß eine solche Abmachung uns zu stark binden würde und daß sie auch kaum zu erreichen ist.

Gen. Popp wirft die Frage auf, ob soetwas bei einer Konzentrationsregierung überhaupt möglich sei. Ist nicht für vorherige Regierungserklärungen, sondern für Vereinbarungen von Fall zu Fall.

Gen. Krones spricht für den Antrag Hackenberg. Die gemeinsame Regierungserklärung müßte konkret zu den Fragen Sozialisierung, Demokratisierung des öffentlichen Lebens und Bodenreform Stellung nehmen. Selbstverständlich auch zur Frage der Wiedergutmachung ab 1934.

Gen. Maisel glaubt, daß Diskussionen über eine gemeinsame Regierungserklärung die Verhandlungen komplizieren würden und spricht sich deshalb gegen den Antrag aus. Schlägt vor, ihn zurückzuziehen und die gemeinsame Entschließung der Gewerkschaften an alle frei Parteien abzuwarten.

Gen. Hackenberg hält seinen Antrag aufrecht.

Beschluß Abgelehnt.

Sitzung des Parteiverstandes am 7.12.45

Anwesend: vom Parteiverstand:

Gen. Seitz

Gen. Afritsch

" Böhm

" Hackenberg

" Helmer

" Jochmann

" Körner

" Kronas

" Popp

" Proft

" Scharf

" Schärf

" Slavik

" Speiser

" Strasser

" Proksch

" Pollak

*" Maisel

von der Kontrolle:

Gen. Honay

" Weber

~~xxxxxxx~~

" Schneidmayer

" Rauscher

von der Regierung:

Gen. Mentasti

" Korp

" Enslein

" Scheffener

" Waldbrunner

" Winterer

Gäste:

" Freund

" Mantler

" Novi

T a g e s o r d n u n g

I. Regierungsbildung

I. Regierungsbildung

Gen. Schärf rekapituliert, dass bei der letzten Vorstandssitzung folgende Beschlüsse gefasst wurden:

1. Verhandlungen im Sinne der Gewerkschaftsforderungen fortzuführen,
2. den Verhandlungen einen Vertreter der Gewerkschaft zuzuziehen
3. das Ernährungsministerium abzulehnen.

Figl hat erklärt, daß er, wenn es heute nicht zu einer grundsätzlichen Einigung komme, seine Betrauung zurücklegen werde und seine Partei auffordern wolle, einen anderen Mann mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Das bisherige Angebot lautet:

für die SP - Bundespräsident,
Vizekanzler,
Ministerium des Inneren,
Ministerium für Volksernährung,
Verkehrsministerium
Ministerium für soziale Verwaltung.

Die Gewerkschaften fordern zumindestens einen Staatssekretär in das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Als Gegenforderung erhebt die ÖVP den Wunsch nach einem Staatssekretär im Ministerium des Inneren.

Weiters hat Gen. Schärf wegen Aufnahme für uns wichtigster Grundforderungen in die Regierungserklärung bei Figl vorgefühlt. Figl wäre bereit, das einmal beschlossene Sozialisierungsgesetz in das Regierungsprogramm einzubauen.

Steht weiters auf dem Boden der Wiedergutmachung; Rückgabe der Parteivermögen ab 1934

In der Nazifrage soll gemeinsam vorgegangen werden. Bezüglich der öffentlichen Verwalter steht er auf dem Standpunkt, daß diese bei Illegalen, Reichsdeutschen, Geflüchteten und höheren Funktionären bleiben sollen. Bei den Übrigen jedoch sind sie abzubauen. Die Verhandlungen sollen heute um 15.30 Uhr fortgesetzt werden.

Gen. Schärf vertritt die Meinung, daß das letzte Angebot der ÖVP für uns unannehmbar ist, als das frühere. Bei der Regierungsbildung ist die Tatsache, daß wir eine starke Partei, aber nicht die Mehrheit sind, nicht abzuleugnen.

Gen. Speiser berichtet über die Verhandlungen bezüglich der Stadtratsbesetzungen innerhalb der Gemeinde Wien. Unser Angebot, die Ressort Gesundheitswesen und Wirtschaft zu übernehmen wurde angenommen; hingegen hat die ÖVP zunächst die Übernahme der Ressort Ernährungswesen und technische Angelegenheiten abgelehnt. Sie fordern zumindestens ein größeres Ressort. Entweder Wohlfahrt, Bauamt, allgemeine Verwaltung oder städtische Unternehmungen. Eine Entscheidung darüber, welches abgegeben werden kann, ist außerordentlich schwierig. Wahrscheinlich werden wir der ÖVP die Unternehmungen anbieten.

Gen.Korp berichtet über seine letzten Verhandlungen mit den Vertretern der UNRRA, die seine Stellungnahme hinsichtlich Übergabe des Ressort Volksernährung in der Regierung grundlegend geändert haben. Nach den abgegebenen Versprechungen wird in einigen Monaten die UNRRA-Hilfe planmäßig einsetzen. Dies wird einen grundsätzlichen Wandel in der Versorgungslage mit sich bringen. Außer Lebensmittel haben wir noch technische Artikel, Bekleidungsartikel usw. zu erwarten. Gen.Korp gibt der Meinung Ausdruck, daß wir die Verantwortung für das Ernährungsministerium unter der Bedingung übernehmen könnten, daß dem Ministerium für Volksernährung die UNRRA-Agenden zugewiesen werden.

Selbstverständlich ist alles davon abhängig, ob die UNRRA-Hilfe kommt oder nicht. Mit Sicherheit kann das niemand behaupten. Es besteht jedoch eine gewisse Hoffnung, daß die Engländer und Amerikaner diese Frage sehr ernstlich in Angriff nehmen.

Gen.Mantler berichtet über eine Beratung der Gewerkschaftsfraktion. Die Fraktion ist nicht einheitlich, aber doch mit überwiegender Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen, daß die bisherigen Vorschläge für die Regierungsbildung nicht ausreichend sind. Eine Regierungsbeteiligung ist für die Arbeiterschaft unmöglich, wenn wir nicht auf die Wirtschaftsführung einen maßgebenden Einfluß gewinnen. Es stimmt, daß wir nicht die Mehrheit im Lande erhalten haben, die Hälfte der Bevölkerung hat sich jedoch für die Sozialistische und Kommunistische Partei entschieden. Schon aus diesem Grunde kann die Frage der Wirtschaft nicht ausschließlich das Monopol der ÖVP bleiben.

Nach dem bisherigen Plan wären alle Wirtschaftsressort den Bürgerlichen überantwortet. Das steht zu sehr im Widerspruch mit dem, was die Arbeiterschaft von der neuen Regierungsbildung erwartet.

Die Verteilung der politischen Ressort kann uns befriedigen. Zur Volksernährung kann man nur sagen, wenn das eintritt, was Gen.Korp heute als Hoffnung darstellt, dann ist alles sehr schön; aber ~~xxxx~~ die kommenden Monate werden sehr schwer sein.

Dieses Ministerium wird für uns doch eine Belastung darstellen. Das Verkehrsministerium bedeutet wirtschaftlich gar nichts. Die Gewerkschaften müssen doch auf der Forderung, Einfluß auf die Vermögenssicherung und Planung zu gewinnen, bestehen. Unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, ein Wirtschaftsressort in die Hand zu bekommen. Stellt sich der gewünschte Erfolg nicht ein, muß in der Öffentlichkeit darüber gesprochen, müssen die Gründe aufgezeigt werden. Es geht nicht an, daß hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Das würde die Arbeiterschaft nicht verstehen.

Als Delegierter der Gewerkschaften soll den weiteren Verhandlungen Gen.Mantler zugezogen werden.

Es wird die Frage erörtert, ob die Forderung der Gewerkschaften eine Bedingung darstelle, ohne die man nicht zu einer Einigung kommen darf.

Gen.Mantler schlägt vor, einen Staatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie, sowie das Ministerium für Vermögenssicherung zu verlangen und dafür das Verkehrsministerium aufzugeben. Er bemerkt, daß man ein endgültiges Urteil über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Regierung erst fällen kann, wenn das letzte Verhandlungsergebnis vorliegt.

Gen. Widmayer vertritt die Meinung, daß es unmöglich sei, aus der Regierung auszutreten und in die Opposition zu gehen. Es werden verschiedene Anträge gestellt:

Anträge

1. Die Unterhändler werden beauftragt, im Verhandlungswege alle Möglichkeiten im Sinne der Gewerkschaftsforderungen auszuschöpfen aber so, daß die große Linie, eine Konzentrationsregierung zu bilden, nicht gefährdet wird,
2. der gestrige Beschluß des PV - auf das Ernährungsamt unbedingt zu verzichten- soll nach der Darstellung korp aufgegeben werden,
3. den Unterhändlern soll das Vertrauen ausgesprochen werden.

Gen. Helmer spricht gegen alle Anträge und schlägt vor, abzuwarten.

7.11.46
m/m

Rechtsw. Kam. 8.12.46 Kraus 3

Anlässlich der Besprechungen über die Bildung der ersten Regierung F i g l im Dezember 1945 wurden von Dr. Adolf S c h ä r f die nachstehenden Punkte festgehalten; sie wurden späterhin auch den Herren von der Oesterreichischen Volkspartei mitgeteilt und sind nie beanstandet worden; die nachstehende Wiedergabe erfolgt mit allen Typfehlern, die damals nach rasch durchgeführtem Diktat unterlaufen sind.

Die Bemerkungen des Herrn Staatssekretär R a a b bezog sich auf den Abbau der öffentlichen Verwalter.

Der Passus: " Vorbehalten wurden Besprechungen über Arbeiter, Kranken....." sollte richtig heissen: "..... über Arbeiter-Krankenkasse, Gewerkschaftsbund und Betriebsräte, die Sparkassen und die Erste Österreichische Sparkasse."

"In den Besprechungen über die Bildung einer Konzentrationsregierung der drei Parteien, die am 4., 5., 6., 7. 12. 1945 geführt wurden, kamen unter anderem folgende Gegenstände zur Verhandlung:

Der Proporz soll nicht nur bei der Bildung der Bundes-, sondern auch bei der Bildung der Landesregierung des Wiener Stadtsenates verwendet werden.

Staatssekretäre sollen nur in Ausnahmefällen bestellt werden.

Das der sozialdemokratischen Partei, ihren Organisationen und den Arbeiter-Organisationen im Jahre 1934 rechtswidrig entzogene Vermögen soll wieder zurückgestellt, bzw. angemessener Ersatz geleistet werden.

stet werden.

Bei der Bestellung von Vertretungspersonal im Ausland soll einvernehmlich vorgegangen werden.

Es soll angestrebt werden, (dass) für Behrpersonen ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht unter Berücksichtigung der lokalen Teuerungsverhältnisse zu schaffen. Die Landesschule sei der Staatsschule vorzuziehen. Der Stadt Wien wird die Wiedererrichtung des Stadtschulrates mit sozialistischer Mehrheit ermöglicht.

Die Wiedererrichtung einer besonderen Landwirtschaftskammer für Wien, wie sie der Wiener Landtag beschliessen wird, gilt als selbstverständlich.

Es soll angestrebt werden, die Bezirksvertretungen in Wien nach dem Wahlergebnis umzubilden.

In der Beamtenbesoldung soll ein einheitliches Schema angestrebt werden, bei dem das Anfangsgehalt gehoben, während die spätere Steigerung langsam erfolge. Die Leistung soll dabei besonders berücksichtigt werden, die Nachholung fehlender Vorbildung während des Dienstes soll durch Beseitigung bestehender Schwierigkeiten erleichtert werden.

In der Frage der Behandlung der Nationalsozialisten sollen Massnahmen, die eine Lockerung des bisherigen Zustandes bedeuten, auf dem Wege der Vereinbarung durchgeführt werden, wobei

- a) Illegale von der Milderung ausgeschlossen bleiben, es sei denn, dass einzelne Fälle unter Prüfung der Umstände behandelt werden;
- b) Mitglieder aus späterer Zeit, aktiv Tätige und Funktionäre, Angehörige der schwarzen // und der Gestapo, sollen nach den allgemeinen Gesetzen behandelt werden. //

gesondert

- c) Einfache Mitläufer aber sollen ausgeschlossen werden;
- d) Förderer der NSDAP in der Wirtschaft sollen wie Illegale behandelt werden.

Allenfalls könnte in Erwägung gezogen werden, Entregistrierungen zu schliessen, wenn gleichartige Entscheidungen zweier Instanzen vorliegen.

Von Staatssekretär R a a b wurde erklärt, ohne dass im einzelnen eine Uebereinstimmung erzielt worden wäre:
" Er denke dann, dass sie bei den Illegalen verbleiben sollen, ebenso bei den Reichsdeutschen und ~~Massen~~ Geflüchteten. Wo aber keine besondere Belastung vorliege, soll die Bestellung allmählich widerrufen werden. Bei den öffentlichen Verwaltern soll die Fähigkeit und Eignung überprüft werden.

Der Abbau der öffentlichen Verwalter wie den Nicht-Illegalen etc. soll bloss allmählich vor sich gehen.

In der Frage der Verstaatlichung werde er sich die Durchführung der von der provisorischen Staatsregierung beschlossenen Gesetze zum Ziele machen. Einvernehmlich wurde festgestellt, dass der Inhalt dieser Gesetze dem Wortlaut nach in die Regierungserklärung aufgenommen sei.

Auf Verlangen der sozialistischen Partei soll der Gemeinde Wien durch eine Aenderung der Verfassung die Einrichtung einer zweiten Instanz ermöglicht werden.

Vorbehalten wurden Besprechungen über Arbeiter, Kranke, Gewerkschaftsbund und Betriebsräte, die Kassen und die l.österr. Sparkasse.

Hinsichtlich des Wirkungskreises der einzelnen Ministerien wurde festgestellt, dass in das von Korp geleitete Volksministerium auch die UNHRA-Hilfe, die Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen gehöre, wobei

allenfalls hinsichtlich letzterer das Einvernehmen mit anderen Staatsämtern zu pflegen ist,

Bundesminister für das Innere soll Helmer sein. Es werde ihm ein Staatssekretär beigelegt und zwar für den ganzen Bereich auch für die Polizei. In Fragen der öffentlichen Sicherheit und der Staatspolizei soll ohne dass dies veröffentlicht wird, zwischen beiden das Einvernehmen hergestellt werden. Widrigenfalls jeder Teil das Recht hat, die Sache vor den Kanzler zu bringen. Polizeipräsident von Wien soll nach dem Zusammentritt der neuen Regierung der bisherige Unterstaatssekretär Winterer werden.

Die Ministerien für Justiz und Finanzen bleiben mit den bisherigen parteilosen Fachmännern besetzt. Das Justizministerium soll jedoch der sozialistischen Partei, das Finanzministerium der Volkspartei zustehen und einer der Parteien, die Parteienmässige Besetzung begehrt.

Der sozialistischen Partei soll ein Staatssekretär im Staatsamt für Vermögenssicherung und Planung eingeräumt werden.

Die Zusammensetzung der Regierung wäre sonach:

Bundespräsident: Dr. Renner
Bundeskanzler: Ing. Figl,
Vizekanzler: Dr. Schörf,
Bundesminister für das Aeusserere: Dr. Gruber,
Inneres: ~~Renner~~, *Helmer*
Staatssekretär: Graf,
Unterricht: Dr. Hurdes,
Justiz: Gerö,
Finanzen: Zimmermann,
Ackerbau: Kraus,
Ernährung: Korp,
Wirtschaft und Bauten: Raab,
Verkehr (Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon etc)
Uebeleis
Planung: Schumy, Staatssekretär Waldbrunner mit
der gleichen Stellung wie Graf im
Inneren ohne Portefeuille Weinberger.

Der KPÖe. soll eine Ministerium ohne Portefeuille, allenfalls ein zu schaffendes Ministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft eingeräumt werden.

Wenn die Schaffung eines Heeresamtes möglich sein wird, soll die Frage des Staatssekretärs für Inneres neu diskutiert werden.

Ueber die Stellung des Vizekanzlers wird einvernehmlich erklärt, dass diesem die Akteneinsicht, vor Abfertigung und das Frage- und Auskunftsrecht bei allen Beamten des Bundeskanzleramtes zustehen soll. Besprechungen über die Besetzung in der Gemeinde Wien erfolgt gesondert."

—ooOoo—

Bei den kommenden Besprechungen über die Neubildung der Regierung sollten folgende Materien besprochen werden:

- A) Fragen der Präsidentschaft,
- B) Auswechslung von Regierungsgliedern, insbesondere im Ernährungsamt, Frage, ob es möglich sei, Franzel zum Sektionschef im Volksernährungsamt zu ernennen.
- C) Rechnungshof..... wobei Frage zu lösen bleibt, ob wir allenfalls einen Vizepräsidenten beanspruchen
- D) Grundsätzlich soll Anspruch auf entsprechende Berücksichtigung beim Verfassungs- und beim Verwaltungsgerichtshof, in der Parlamentsfraktion und in der Leitung des Pressewesens aufrecht erhalten werden.
- E) Ernennungsrecht des Präsidenten, etc.
- F) Kann es Grundsätze für Neubestellungen geben? - über den kommenden Beamtenabbau ist wohl grundsätzlich nicht zu sprechen.
- G) Ressort: Bundeskanzleramt; Verwaltungsreform; Abgrenzung der Ministerialkompetenzen, der Art, dass inhaltlich nachgeordnete Materien geordnete Kompetenzabgrenzung besteht; alle soziale Fürsorge (auch KZ) im Ministerium für soziale Verwaltung, ebenso alle Jugendwohlfahrt, UHRA Sachen sollen in das Volksernährungsministerium kommen.

Aussenministerium:

- 1.) Gruber bleibt,
- 2.) Teilnahme der zweiten Partei an allen wichtigen Aktionen, 700
- 3.) Welcher Vorgang bei Staatsvertragsverhandlungen:

Schärf ist gegen seine Beteiligung an den Vorbesprechungen in London.

- 4.) Besetzungen der Gesandtschaften und bei der UNO sow wie bisher, einvernehmlich; auch Liga der Vereinten Nationen.

Innenministerium:

- 1.) Polizeifrage und Staatspolitik.
- 2.) Einbürgerung der D.P.
- 3.) Wahlgesetz,
- 4.) Parteienvereinbarung über Bezirksvertretung.

Unterrichtsministerium:

- ✓ 1.) Schulgesetze,
- 2.) Jugendorganisationen? *Agust*
- 3.) Lehrkanzeln für Soziologie? und sonstige.

Wirtschaftliches Ministerkomitee war eine Krücke,

weil einzelne Minister sachlich versaghaben, wozu möglich abzubauen, ebenso wie Ernährungsdirektorium.

Kraulanministerium

- 1.) Wiedergutmachung für Arbeitervermögen,
- 2.) Verwaltergesetz-Novellierung,
- 3.) Organe der verstaatlichten Betriebe,
- 4.) Entschädigung für die verstaatlichten Betriebe
- 5.) Planung.
- 6.) Stellung des Staatssekretärs, grundsätzlich das gleiche wie Graf (so wie schon im Pakt von Dezember 1945 vorgesehen).
- 7.) Nichts dreinreden in Währungsfragen.

Finanzministerium.

- 1.) Abgabenteilung,
- 2.) Arbeiterbank,
- 3.) Parteienvereinbarung, dass über Währungsfragen öffentliche Mitteilungen nur im Einvernehmen zwischen Kanzler und Vizekanzler hinausgegeben werden.
- 4.) Währungsreform,
- 5.) Verwaltung der Monopolbetriebe, *verlief!*
- 6.) Verwaltung der verstaatlichten Banken,
- 7.) Bei Abbau von Angestellten Anrechnung von Dienstzeiten für soziale ~~Haushalt~~ Versicherung.

Handelsministerium:

Handelsbeirat einberufen,
Mitwirkung bei Handelsvertragsverhandlungen,
Fachgruppe der Genossenschaften in den Wirtschaftskammern aktivieren.

Papierfrage (Papierlenkung)
Beibehaltung der Außenhandelslenkung

Verantwortung {Vog}

Ministerium für soziale Verwaltung.

- 1.) Kollektivverträge
- 2.) Sozialversicherungs-Ueberleitung
- 3.) Arbeitsämter,
- 4.) Inländer Arbeiterschutzgesetz, D.P.
- 5.) Land- und Forstarbeitergesetz *mit*
- 6.) Betriebsräte,
- 7.) In- und ausländische Kinderhilfe.

Justizministerium:

Wiedereinführung der vollen Schwurgerichtbarkeit,
(keine 2/3 Mehrheit für Schuldsprechung)

Wiederverheleichung der Frauen. *Hofplatz in Flan*

Verkehrsministerium:

Neu: Kunst Gesetz über Wiederherstellung eines Wirtschaftsbetrie-
bes,
Lohnsicherungsklausel der Eisenbahner,
Personalfrahen: Dantine,
König. *(20. 10. 1918) mit*

Rumy

10 - K 4
Lagebericht vom 13.4.1948 aus französischer Quelle:

Die Lage Oesterreichs scheint gleichbleibend; dieser Eindruck wird durch das Abkommen SP und der VP hervorgerufen. Seinen Ausdruck findet dieses Abkommen im Koalitionskomitee, welches wie folgt zusammengesetzt ist:

Volkspartei: F i g l,
H u r d e s,
W e i n b e r g e r,
R a a b.

Sozialdemokratische Partei: S c h ä r f,
H e l m e r,
M o w i,
Dr. P i t t e r m a n n.

Diese Einigkeit findet ihren Ursprung in der Angst vor den Kommunisten und gestattet der OeVP weitgehendst, die schwierige Lage der SPÖe auszunützen, ohne allerdings bisher zu übertreiben. Das Komitee tritt ziemlich häufig zusammen und hat als erste gemeinsame Massnahme die Fragen der allfälligen Vertretung des Präsidenten der Republik sowie die des Präsidenten des Nationalrates im Falle von Verhinderung erledigt. Zweck dieser Massnahme ist es, eine ähnliche Lage wie im Jahre 1933 hinauszuhalten.

Bisher haben sich die beiden Parteien folgende Zugeständnisse gemacht:

- a) OeVP: 1.) Preisherabsetzung für Industrieprodukte,
2.) Gemeinsame Massnahmen in Gewerkschaftsfragen, selbst gegen die direkten Parteiinteressen und Aufrechterhaltung der Einheitsgewerkschaft.
3.) Die "Gelbe Gewerkschaft" die in Tirol und Vorarlberg für landwirtschaftliche Arbeiter besteht, wird von der OeVP nicht mehr unterstützt werden und deren Tätigkeit einschränken.
4.) Gemeinsame Massnahmen gegen die KPÖe.
5.) Keine neuen Wahlen vor legalem Ablauf.

6.) Einvernehmen über die Nichtunterzeichnung des Staatsvertrages im gegenwärtigem Augenblick.

- b) SPOZ:
- 1.) Die Parteiinteressen in den Gewerkschaftsfragen werden hinangehalten,
 - 2.) Besondere Arbeiterkammer für Niederösterreich,
 - 3.) Freier Verkauf der landwirtschaftlichen Ueber-schüsse (Grauer Markt),
 - 4.) Verminderung d. Kontingentsystems, dieses trotz Widerstandes d. Herrn K o l b und W i r l a n d n e r, der beiden Wirtschaftsspezialisten der SPOe,
 - 5.) Vermeidung aller persönlichen Angriffe in der Parteipresse aus Gründen des Prestiges,
 - 6.) Gemeinsame Linie in der Aussenpolitik,
 - 7.) Bei neuen Preisfestsetzungen werden Maximalpreise für alle Produkte, die nicht von besonderer Wichtigkeit für die Lebenshaltung sind, vermieden werden, was H e l m e r nunmehr zwingt, die der Partei oft gemachten Versprechungen nicht mehr einzuhalten.
 - 8.) Keinerlei Unterstützungen der Gewerkschaft im Falle übertriebener Forderungen (ein Punkt, der sehr elastische Auslegung gestattet).

Schliesslich hat die CeVP von der SPOe verlangt, sie möge eine eindeutige Erklärung abgeben, dass Sozialreformen ebenso im Parteiprogramm der CeVP wie der SPOe enthalten sind. Die VP anerkennt hingegen eine Verstärkung des Kontingentsystems für alle Warengattungen, die MONOPOL - Charakter tragen. Es wird keine Kreditlenkung eingeführt werden, hingegen ist es möglich, dass eine Kreditkontrolle, wie sie schon unter den Nazis bestanden hat, neuerlich verfügt wird.

Der sozialistische Antrag auf eine neue Arbeitslenkung wird fallen gelassen, hingegen behält sich die Regierung vor, das Arbeitspflichtgesetz in Anwendung zu bringen, wenn die Anzahl der Freiwilligen für Erntearbeit sich als unzureichend erweist.

Eine Analyse der beiderseitigen Zugeständnisse gestattet leicht die Feststellung, dass im Grunde die CeVP lediglich auf Offensivmassnahmen verzichtet, während die SPOe Gelände verliert. Sie muss ich hingegen glücklich schätzen, nicht mehr einzubüssen, denn ihre innere

Lage ist alles eher als günstig.

Die jungen Sozialisten sind in offener Opposition gegen den Parteivorstand, die lediglich für den Augenblick durch die Person von Peter S t r a s s e r gemildert ist. Es besteht ein Vorstandsbeschluss, demzufolge jede Landesorganisation verpflichtet ist, oppositionelle Entschliessungen dem Landesparteitag vorzulegen. Dies hat zur Folge gehabt, dass die jungen Sozialisten des Burgenlandes einen Versuch ausgearbeitet haben, der dem berühmten Vorschlag der "111" anlässlich des Parteitages der SPÖe ähnelt, für den sie sich die Mehrheit sichern konnten. In Niederösterreich haben sich die Jungsozialisten das Ziel gesetzt, H e l m e r seine stärkste Unterstützung, die dieses Land darstellt, zu entreissen. Der Leiter dieser Organisation ist W e i s e n b e r g e r. Es wurde eine Entschliessung gefasst, gegen H e l m e r in Zusammenarbeit mit S c h a r f ^{sen} Propaganda zu machen. Schliesslich leitet Weissberger eine gut disziplinierte Kadergruppe, welche die Basis für eine zukünftige Wehr-Sportvereinigung bieten soll, das heisst, einer p a r a-Militär-Organisation. Peter S t r a s s e r hat selbst Weissberger zu diesen Vorarbeiten bestimmt, ohne Zweifel, um sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, ehe sie ihm entgleiten.

Wenn die jungen Sozialisten sich in offener Opposition gegen den Parteivorstand befinden, so haben die steirischen Mandatäre einen getarnten Angriff geführt: Sie haben an den Parteivorstand einen Brief gerichtet, in dem sie erklären, dass allein die steirischen verstaatlichten Industrien in der Lage wären, 150 Millionen Dollar die von den Russen verlangt werden, zu bezahlen und dass der Friedensvertrag ohne Zögern unterschrieben werden könne. Diese Entschliessung wurde auf Vorschlag des Direktors der Böhlerwerke W a l d und seines Bruders sowie des Landesabgeordneten M a t z n e r, Präsident der

steinischen Gewerkschaft, gefasst, der nach einigen Schwankungen wieder die orthodoxe Linie der Partei einnimmt. Bei der nächsten Zusammenkunft des Parteivorstandes steht dieses Schreiben auf der Tagesordnung. Man nimmt an, dass S c h ä r f einen gewissen Druck auf M a t z n e r ausübt, um diese Entschliessung zurückzunehmen.

Zur Erklärung der wachsenden Opposition gegen die derzeitigen Chefs der SPOe muss man vor allem die Haltung der Partei im Schuharbeiterstreik berücksichtigen. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil sie beweist, wohin das Einvernehmen mit der OeVP die SPOe geführt hat.

Dieser Streik hat keinerlei Zusammenhang mit den Kommunisten. Es handelt sich vor allem um die 44 Stundenwoche, die die Gewerkschaft verlangt, da mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer Frauen sind und der Mangel an Rohmaterial und andere Schwierigkeiten ohnehin das Maximum der Leistung beeinträchtigen. Die Arbeiter verpflichten sich, die gleichen Mengen wie in der 43 Stundenwoche zu erzeugen. Das Streikkomitee setzt sich aus Gewerkschaftlern - in der Mehrheit Sozialisten - zusammen und der Streik wird vom Gewerkschaftsbund der den Streikenden eine Unterstützung zahlt, unterstützt.

Die Forderungen haben den energischen Widerstand der Unternehmer gefunden. Weniger, weil die Bedingungen unerfüllbar sind, als aus grundsätzlichen Erwägungen; denn die 44 Stundenwoche könnte ein neues Gesetz über die legale Arbeitszeit herbeiführen und nach diesem ersten Kollektivvertrag sind noch weitere 170 Kollektivverträge abzuschliessen, für welche dieser Fall ein Präzedenzfall dienen könnte.

Die OeVP hat daher an die SPOe das Ersuchen gerichtet, den Streik nicht zu unterstützen, was sie in der Folge aufgezählten Fakten herbeiführte:

Die streikenden Arbeiter wollten der Bevölkerung die Gründe des Streiks durch Plakate bekannt geben. Die sozialistische Druckerei "Vorwärts" verweigerte unter verschiedenen Vorwänden diese Plakate zu drucken. Die Arbeiter des "Vorwärts" entschlossen sich daher, diese Plakate in einer freiwilligen Nachtschicht zu drucken. Am nächsten Morgen (es war der Ostersonntag) sollten die Plakate abgeholt werden, aber der Direktor des "Vorwärts" verweigerte die Herausgabe. Das Streikkomitee begab sich also zu Herrn Trühwirth, SPD-Abgeordneter und Gewerkschaftsobmann, welcher erklärte, Massnahmen könne nur der Gewerkschaftsbund beschliessen. Man besab sich also in die Wohnung des Herrn Föhlmann, welcher energisch die Genehmigung der Ausfolgung der Plakate ablehnte. Das Streikkomitee drohte daraufhin mit einer Massenversammlung vor dem "Vorwärts" und auf Grund dieses Auftretens konnten endlich die Plakate abgeholt werden. Nach einem einstimmigen Ministerratsbeschluss wurde den Streikenden die Arbeiterzusatzkarte entzogen und der Gewerkschaftsbund richtete einen Appell keine Sammlungen oder andere Solidaritätskundgebungen für die Streikenden zu veranstalten, da er ihnen die notwendige Hilfe liefere. Diese Hilfe stellte nur die Hälfte des Lebensminimums dar und es ist festgestellt, dass eine grosse Anzahl Arbeiter diesen Vorschriften des Gewerkschaftsbundes keine Folge geleistet haben.

In der Parteipresse wird der Streik fast nicht erwähnt. Entschliessungen von anderen Gewerkschaften oder Unternehmungen werden nicht veröffentlicht und die Kommunisten beginnen sich dieses Umstandes als Propagandamittel zu bedienen, besonders da Kodicek, Obmann der Textilgewerkschaft, der auch die Lederarbeiter angehören, Kommunist ist. Die sozialistischen Studenten haben eine Entschliessung an den Parteivorstand, an die "Arbeiterzeitung" und an den Gewerk-

bund gerichtet, in denen sie sich mit den streikenden Arbeitern solidarisch erklären und verlangten dessen Veröffentlichung, da er einstimmig gefasst wurde. Bis jetzt ist nichts veröffentlicht worden. Die Studenten verzichteten für eine Woche auf die Zusatzkarte und traten sie dem Streikkomitee ab. Die Betriebsratswahlen der Textil- und Lederarbeiter haben eine unendliche Majorität für die Sozialisten ergeben. Man kann sicher sein, dass die Kommunisten nach dieser Gelegenheit einiges Gelände aufgeholt haben werden. Als Beweis für die zunehmende Spannung kann vor allem ein Vorfall bei der letzten Bezirkskonferenz in Meidling dienen, wo Scharf eine Rede hielt, in der er ausführte, dass es für uns niemals eine Volksdemokratie geben wird. Er wurde von Zwischenrufen unterbrochen: "In einem solchen Moment werden Sie schön im Ausland sein!" Es ist dies das erstemal dass ein so scharfer Zwischenruf vorkommt.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, dass der Einfluss von Scharf wächst trotz seiner Mittelmässigkeit. Er hat einen neuen Mitarbeiter für seine Zeitung, welche der "Kämpfer" heissen wird, gefunden und im April erscheinen soll. Es ist dies der Wirtschaftsberater von Ing. Toldbrunner, ein gewisser Dr. TRIMMER.

Um besser die Hoffnung der Kommunisten zu begreifen, ist es notwendig, die Betriebsratswahlen zur Beurteilung heranzuziehen, welche folgende Resultate ergeben:

Anzahl der Unternehmungen:	10.598
Gesamtzahl der Stimmen:	484.931
SPOe-Liste	293.655 - 60.6%
Einheitsliste:	45.825 - 8.5%
OeVF-Liste:	14.025 - 2.9%
Namentliche Liste:	131.426 - 27.6%.

Die Gesamtzahl der Betriebsräte betrug 28.966, welche
angehören:

SPCe:	17.968	-	62%	letzte Wahlen	70.6 %
KPOe:	1.976	-	6.8%	" "	15.27 %
CeVF:	1.044	-	3.6%	" "	4.65 %
Unbekannt:	7.998	-	27.6%	" "	9.48 %

Eine kritische Ueberprüfung dieser Ergebnisse bringt zunächst die Feststellung, dass die Anzahl der abgegebenen Stimmen ausserordentlich gering ist, da die Sozialversicherung 1,870.000 Lohnempfänger anführt. Selbst bei Abzug der 268.000 Land- und Forstarbeiter und der 300.000 öffentlichen Angestellten, die nicht abstimmten, bleibt auf 1,300.00 Lohnempfänger nur ein Drittel Stimmen. Besonders in der Provinz haben die Wahlen trotz des Beschlusses des Gewerkschaftsbundes noch nicht stattgefunden. Zu bemerken ist natürlich, dass lediglich Unternehmungen mit über 20 Angestellten Betriebsratswahlen aufstellen, zwischen 6 bis 19 sieht das Gesetz lediglich Vertrauensmänner vor.

Die Anzahl der Parteilosen (Namensliste) hat beachtlich zugenommen und obwohl es schwer festzustellen ist, welchen Parteien diese Betriebsräte zugute kommen, so kann man jedenfalls sagen, dass sicherlich nicht viele Sozialisten unter ihnen sein werden, denn diese waren durch einen Parteibeschluss gebunden, für die sozialistische Liste zu stimmen, während die Kommunisten oft genügend Anlass hatten sich zu tarnen.

So haben die Metallarbeiter abgestimmt:

SPCe-Liste:	154.275
Einheits-L:	58.760
CeVF - L:	2.615
Namensliste:	75.820.

Auf jeden Fall hat die SPOe keinen Sieg davon getragen.

Innerhalb der Parteileitung haben die Auseinandersetzungen zwischen Julius Deutsch und Pollak einen konkreten Ausdruck gefunden:

Deutsch hat von Linz den früheren Chefredakteur des "Tagblattes" Herrn Ludwig Eldersch, Sohn des bekannten Sozialisten nach Wien berufen und ihm die Leitung der sozialistischen Presse übertragen, so dass Pollak auf die "Arbeiterzeitung" und auf den Parteivorstand beschränkt ist, aber ein gutes Gegengewicht an Ludwig Eldersch gefunden hat, der der Vertrauensmann von Deutsch ist.

Dr. Lechner verlässt am 25. Mai Oesterreich endgültig, um nach den USA zu gehen. Er hatte sich drei Eisen im Feuer gehalten: Die Orthodoxen, denn er war ein Freund von Mantler,

Scharf, denn der ist Redakteur des "Kämpfer" und den CIC, dessen Agent er war.

In allen Schwierigkeiten haben die letzten 10 Tage der SPOe einen einzigen Trost gebracht: Den Besuch von Herrn Jack Jones, Unterstaatssekretär in London, der statt Lord Parkenham gekommen ist. Jones hielt sich in Wien, Steiermark und Kärnten auf. Sein Besuch ist ohne Zusammenhang mit der internationalen Politik oder der allgemeinen Probleme. Er stellt einen freundschaftlichen Besuch eines Mitgliedes der Arbeiterregierung in London bei der SPOe dar; Zweck war, die Sozialpolitik der englischen Arbeiter und der Oesterreichs zu koordinieren und zu untersuchen, auf welche Art die englische Arbeiterpartei den österreichischen Sozialisten Dienst leisten könnte, ohne der CeVP in den Rücken zu fallen. Die hauptsächlichsten Unterredungen fanden mit Minister Meisl, der auch Präsident des Metallarbeiterverbandes ist und dessen Bedeutung im Gewerkschaftsbund zu unterstreichen ist, mit Helmer und Uebelais statt.

Dass die Irrtümer der SPOe natürlich den Kommunisten zu-

gute kommen, zeigt sich in einer Untersuchung, bis zu welchem Punkt der kommunistische Einfluss in den Arbeiterkreisen besonders im Wachsen begriffen ist:

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen geben ein Bild über die Schwankungen des sozialistischen Einflusses, aber nicht über die allfällige Stärkung der Kommunisten. Dagegen sind folgende Ereignisse festzustellen:

Nach den tschechischen Ereignissen ist eine ziemlich grosse Anzahl von Arbeitern der FIAT-Werke in Wien 21., Zistersdorf, Brunner Glasfabrik, Unilever AG (alle USIFA-Betriebe) von der SP zur KP übergetreten. Entscheidend hierfür war die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Falle eines politischen Umschwunges in Oesterreich. Der Gewerkschaftsbund hat festgestellt, dass die Ereignisse in der CSR in Unternehmungen unter russischer Kontrolle eine gewisse Psychose hervorgerufen hat.

In den anderen Unternehmungen, die nicht direkt unter russischen Druck stehen, geben die Arbeiter manchem kommunistischen Argument recht, halten sich aber doch von den Kommunisten entfernt und dies nicht ausschliesslich aus Gründen der Parteidisziplin. Man fürchtet in Oesterreich eine Wiederholung dessen, was die Propaganda als Schrecken der Volksdemokratie beschreibt. Es ist aber klar, dass sich in den grossen Massen bereits eine Linksbewegung skizziert und Untersuchungen von kompetenter Seite her beweisen, dass man mit der Politik des Parteivorstandes unzufrieden ist und ihm eines Tages unter Druck setzen wird.

Die kommunistischen Delegationen in den Unternehmungen sind - und das ist auch von sozialistischer Seite her anerkannt, politisch besser unterrichtet als die SP-Delegationen. Sie zeigen

sich energischer und beweisen auch vor dem Unternehmer eine bessere Sachkenntnis. Aus diesem Grunde wenden sich die Arbeiter oft selbst dann, wenn es eine sozialistische Delegation gibt, an den Vertreter der KP.

In ihrer grossen Mehrheit sind die Arbeiter heute sehr streikwillig. Appelle in dieser Richtung werden immer gehört, selbst wenn sie von den Kommunisten kommen. Der Arbeiter kritisiert die schwankende und weiche Haltung des Gewerkschaftsbundes und natürlich bedienen sich dessen die kommunistischen Vertreter H o r n, K o d i c e k und H o n n e r.

Ende Mai wird der Gewerkschaftskongress stattfinden und die Sozialisten rechnen bereits mit energischen Angriffen, denn sie geben sich Rechenschaft darüber, dass die Unzufriedenheit sehr gross ist. Der Parteivorstand wird durch P r o k s c h vertreten sein, der Krisch als Sekretär des Gewerkschaftsbundes nachgefolgt ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die kommunistische Propaganda, sich sehr verbessert hat und dass die sozialistischen Arbeitermassen sich langsam zu radikalisieren beginnen, allerdings ohne bisher zu den Kommunisten überzugehen.

Die KPOe ist für den Moment ausschliesslich mit den Vorbereitungen für den 1. Mai beschäftigt. Vom Zentralkomitee ist für den Moment nichts berichtet ausser der Ankäufe von roten Fahnen usw. Lediglich eine kommunistische Delegation unter der Leitung von Xim U n g e r, die kürzlich in die CSR abgereist ist um einen besseren Kontakt zwischen den österreichischen Kommunisten und den tschechischen Sozialisten herzustellen, wäre zu erwähnen. Als Verbindungsmann wird Herr H a j e k, Parteisekretär der tschechischen Sozialisten und ehemaliger Präsident der Jugendkommission dienen. Es muss festgehalten

werden, dass S c h a r f ebenfalls Kontakt mit H a j e k an -
lässlich seines Prager Aufenthaltes gehabt hat.

Während ein geheimes Abkommen zwischen den beiden Partei-
en besteht, p a r a-militärische Organisation zu dulden, verursacht
die para-militärische Organisation in der KČM mehr Lärm, als sie
ohne Zweifel verdient.

Der Schutzbund ist im Wiederaufbau, sein Begründer, Herr
C p r a w i l, gehört dem linken Flügel an. Seine Bedeutung ist
noch nicht sehr gross, zahlenmässig dürfte er kaum mehr als einige
100 Mann überschreiten. Bei der ČeWF wird die Gründung eines neuen
Heimatschutzes diskutiert, aber selbst innerhalb der Partei ist
ein deutlicher Widerstand gegen dieses Projekt fühlbar. Offiziell
werden die Alliierten über diese Bewegungen nicht unterrichtet.

Bei der vierten Partei, der Demokratischen Union, haben
sich keine neuen Ereignisse ergeben; Ing. W o l f scheint neuerlich
mit Prof. L o d r o n in Unstimmigkeiten geraten zu sein.

Das Urteil ist erlaubt, zu sagen, dass das österreichische
Problem hauptsächlich davon abhängen wird, ob das Land praktisch ge-
teilt wird oder nicht. Man wird genau verfolgen müssen, inwieweit auch
die russ. Besatzungszone an den amerikanischen Hilfssendungen teil -
haben wird und die russische Reaktion überwachen, die für den Augen-
blick eine ziemlich eindeutige Tendenz der Blockierung der Demarkations-
linien aufweist.

16.4.1948.